

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich Bildung, Kultur, Schule und Sport	Datum 10.10.2007
	Schriftführerin Susanne Baran
	Telefon-Nr. 02202/14-2554
Niederschrift	
Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport	Sitzung am Dienstag, dem 18. September 2007
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 19:55 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
Seite A4
- 2. Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil -**
Seite A6
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 05.06.2007 - öffentlicher Teil-**
Seite A7
- 4. Mitteilungen des Vorsitzenden**
Seite A7
- 5. Mitteilungen des Bürgermeisters**
Seite A7
- 6. Beschwerde über die Anzahl der Toiletten an der GGS Bensberg 479/2007, Seite A7**

7. **Änderung der "Richtlinien zur Förderung des Außerunterrichtlichen Angebots an den Grundschulen und weiterführenden Schulen (Primar- und Sekundarstufe I) der Stadt Bergisch Gladbach"**
428/2007, Seite A9
8. **Landesfonds "Kein Kind ohne Mahlzeit"**
421/2007, Seite A10
9. **Sprachstandserhebung Delfin 4**
357/2007, Seite A11
10. **Sachstand Sanierung Milchborntal**
455/2007, Seite A12
11. **Anerkennung der Förderungswürdigkeit von Investitionsmaßnahmen der Sportvereine gemäß den Richtlinien für die Sportförderung der Stadt Bergisch Gladbach**
418/2007, Seite A12
12. **Halbjahresbericht Stadtarchiv 2007**
469/2007, Seite A13
13. **Halbjahresbericht 1. Halbjahr 2007 "GL Kultur / Kulturbetrieb Bergisch Gladbach"**
470/2007, Seite A14
14. **Neues Bibliothekskonzept**
471/2007, Seite A16
15. **Kulturprojektförderung 1. Halbjahr 2008 - "Unser Europäischer Nachbar Großbritannien"**
474/2007, Seite A16
16. **Übernahme einer Dauerleihgabe - Galerie Villa Zanders**
472/2007, Seite A18
17. **Hexenprojekt: Im Fokus: Hokuspokus - Aktionen und Reflexionen zum Thema "Hexen"**
430/2007, Seite A19
18. **Jugendkulturprojekt zum Thema Fotografie 2008 "Ansichten unserer Stadt mit den Augen der Jugend"**
432/2007, Seite A19
19. **Bericht zu den Sanierungsarbeiten bei den Schulbauten in den Sommerferien**
508/2007, Seite A19

20. **Umwandlung des öffentlich subventionierten Badbetriebes an der Saaler Mühle in ein privat betriebenes Thermalbad**
485/2007, Seite A4
21. **Antrag der FDP-Fraktion zur Erstellung eines Schulintegrationsplanes**
473/2007, Seite A20
22. **Anfragen der Ausschussmitglieder**
Seite A 20

B **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift - nichtöffentlicher Teil -**
Seite B1
2. **Mitteilungen des Vorsitzenden**
Seite B1
3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
Seite B1
4. **Besetzung von Schulleiterstellen**
Seite B1
5. **Nutzungsüberlassungsvertrag mit dem FC Bensberg zum Sportplatz Milchborntal**
489/2007, Seite B2
6. **Anträge der Fraktionen**
Seite B3
7. **Anfragen der Ausschussmitglieder**
Seite B3

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@->

Herr Dr. Miede eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung und begrüßt Herrn Bürgermeister Orth, die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Kirchen und Verbände, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Gäste, stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung des Ausschusses und die fehlenden bzw. stellvertretenden Ausschussmitglieder (siehe Anwesenheitsliste) fest und tritt in die Tagesordnung ein. Nach einem Vortrag von Frau Corts, die dem Ausschuss den Galerie + Schloss e. V. als 1. Vorsitzende vorstellt, wird der Tagesordnungspunkt A20 vorgezogen.

Frau Corts berichtet dem Ausschuss über die Arbeit des Galerie + Schloss e. V. (zum Inhalt siehe ausgehändigter schriftlicher Bericht über die Mitgliederversammlung des Galerie + Schloss e. V.).

<-@

20 Umwandlung des öffentlich subventionierten Badbetriebes an der Saaler Mühle in ein privat betriebenes Thermalbad

Herr Orth stellt einleitend klar, dass mit dieser Vorlage nur die im Beschlussvorschlag aufgeführten Entscheidungen getroffen werden sollen. Die Vorlage ließe sich in zwei Teile gliedern, zum einen in die Hintergrundinformationen zu dem Beschlussvorschlag und zum anderen in den Ausblick. Bei dem Ausblick handele es sich nicht um ein Konzept, sondern um Optionen bzw. Möglichkeiten, wie man weiterhin entscheiden könnte, wenn diese erste Schlüsselentscheidung getroffen wurde. Herr Orth informiert darüber, dass der Finanzausschuss zu den Ziffern 5 und 6 angemerkt habe, dass er wünsche, dass diese Punkte klar als Verhandlungsauftrag formuliert werden und vertraglich fixiert werde, dass nur das, was in den Ziffern 5 und 6 stehe, realisiert werden könne. Aus seiner Sicht sei dies selbstverständlich.

Herr Mömkes erklärt, dass man unter Berücksichtigung der eben genannten Wünsche des Finanzausschusses der Vorlage zustimmen könne.

Herr Neu stimmt der Vorlage ebenfalls zu.

Frau Beisenherz-Galas beantragt, dass die Punkte 1-6 des Beschlussvorschlags einzeln abgestimmt werden.

Herr Schütz erkundigt sich, wann dem Ausschuss ein Bäderkonzept vorgelegt werde, offensichtlich würden doch bereits innerhalb der Verwaltung dazu Vorstellungen existieren. Er sehe den heute zu treffenden Beschluss kritisch. Bevor einzelne Maßnahmenbeschlüsse gefasst würden, wäre es sinnvoll, ein vollständiges

Bäderkonzept vorliegen zu haben, um einen Eindruck dessen zu bekommen, wie die Bäderlandschaft in der Stadt zukünftig aussehen solle.

Herr Orth erklärt, dass es sich bei der heutigen Entscheidung um eine Schlüsselentscheidung handele. Der Ausblick in der Vorlage habe damit grundlegenden konzeptionellen Charakter. Wenn man es hier nicht schaffe, die wirtschaftliche Grundlage der Bäder GmbH zu sanieren, dann seien sämtliche andere Einrichtungen auf dem Prüfstand und gefährdet. Diese Entscheidung mache den Weg frei für eine konzeptionelle Entwicklung. Herr Orth erklärt, dass der Ausschuss sich als nächstes mit der Zukunft des Schwimmvereinssportes zu befassen habe. Herr Schütz als Aufsichtsratsmitglied der Bäder GmbH wisse darüber ja Bescheid und sei einer derjenigen gewesen, die dem Ausschuss diese Entscheidung vorenthalten wollte, indem der Aufsichtsrat darüber entscheiden sollte. Er selber habe die Meinung vertreten, dass dies Sache des Ausschusses sei.

Herr Schütz weist dies von sich, er sei seit Jahren der Meinung, dass es falsch sei, dass wichtige Entscheidungen zur Bäder GmbH im kleinen Rahmen des Aufsichtsrates getroffen werden. Er vertrete die Ansicht, dass die finanziellen Mittel der Bäder GmbH in den städtischen Haushalt zurückverlagert werden sollten und damit der Beschlussfassung der Ausschüsse und des Rates unterliegen.

Herr Orth fügt dazu an, dass er nur vom Schwimmvereinssport gesprochen habe, wozu Herr Schütz eine Regelung innerhalb der GmbH favorisiert habe. Die heutige Entscheidung stelle eine wesentliche Voraussetzung für das Konzept zum Schwimmvereinssport dar.

Herr Mömkes erklärt, dass der CDU-Fraktion die Zustimmung nicht leicht falle, ohne die Privatisierung aber komme man bei der Entwicklung eines Bäder Konzeptes nicht weiter. Man fordere, dass dieses Konzept nun zügig erstellt werde.

Herr Kleine schließt sich dem an, sagt aber, dass man der Verwaltung die nötige Zeit lassen müsse, um ein fundiertes Konzept zu erstellen.

Frau Beisenherz-Galas erklärt, dass die Privatisierung an sich strittig sei. Die Bedingungen, unter denen die Privatisierung stattfinden solle, seien mehr als zweifelhaft. Eine Seite werde hier klar übervorteilt, der Betreiber mache in ihren Augen ein zu gutes Geschäft.

Herr Neu erklärt, dass man im Aufsichtsrat über genau diesen Punkt lange diskutiert habe, sei aber zu dem Entschluss gekommen, dass die Entscheidung am heutigen Tage notwendig sei.

Der ABKSS stimmt über die Punkte 1 bis 6 des Beschlussvorschlags einzeln ab.

Der ABKSS fasst mehrheitlich, bei zwei Gegenstimmen der BFBB und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie zwei Enthaltungen der FDP den folgenden Beschluss:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Bäder GmbH wird beauftragt, in der Gesellschaft folgende Eckpunkte zur Umwandlung des öffentlich subventionierten Badebetriebes an der Saaler Mühle in ein privat betriebenes Thermalbad umzusetzen:

- 1. Der im Rahmen des Betreibervertrages bezeichnete Grundbesitz wird zum 30.06.2008 zu dem im Betreibervertrag festgesetzten Kaufpreis von 2 Mio. € an die künftige Betreibergesellschaft veräußert.*

Der ABKSS fasst mehrheitlich, bei 4 Gegenstimmen der BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN, KIDitiative und BFBB sowie zwei Enthaltungen der FDP den folgenden Beschluss:

Der Vertreter der Stadt.... umzusetzen:

2. *Auf den Kaufpreis werden nicht kompensierbare Stillstandskosten während der Bauphase bis zur Höhe von 1,9 Mio. € angerechnet.*

Der ABKSS fasst mehrheitlich, bei drei Gegenstimmen der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und BFBB sowie drei Enthaltungen der KIDitiative und der FDP den folgenden Beschluss:

Der Vertreter der Stadt.... umzusetzen:

3. *Die städtische Ausfallbürgschaft vom 06.10.1998 bleibt weiter, allerdings befristet auf den 31.12.2015, bestehen. Hierzu ist der Betreibervertrag aus dem Jahr 2006 entsprechend zu ändern.*

Der ABKSS fasst mehrheitlich, bei zwei Gegenstimmen der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und BFBB den folgenden Beschluss:

Der Vertreter der Stadt.... umzusetzen:

4. *Zum 30.06.2008 wird der zwischen der Bäder GmbH und der Managementgesellschaft Saaler Mühle GmbH & Co. Freizeitanlagen Betriebsgesellschaft KG bestehende Betreibervertrag aufgehoben.*

Der ABKSS fasst mehrheitlich, bei 2 Gegenstimmen der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und BFBB sowie drei Enthaltungen der KIDitiative und FDP den folgenden Beschluss:

Der Vertreter der Stadt umzusetzen:

5. *Die Käuferin verpflichtet sich, bis zum 31.12.2009 an Stelle des heutigen Hallen- und Freibades den Neubau eines Thermalbades fertig zu stellen.*

Der ABKSS fasst mehrheitlich, bei einer Gegenstimme der BFBB sowie 5 Enthaltungen der KIDitiative, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den folgenden Beschluss:

Der Vertreter der Stadt.... umzusetzen:

Die Käuferin beabsichtigt, auf dem Gelände ein Hotel zu errichten. Die Stadt unterstützt diese Absicht und wird im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten Baurecht schaffen.

2 **Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil -**

@->

Die Niederschrift wird vom Ausschuss einstimmig genehmigt.

<-@

3 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses**

für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 05.06.2007 - öffentlicher Teil-

@->

Der TOP entfällt, da in der vergangenen Sitzung keine Beschlüsse gefasst wurden.

<-@

4 Mitteilungen des Vorsitzenden

@->

Der Vorsitzende macht keine Mitteilungen.

<-@

5 Mitteilungen des Bürgermeisters

@->

Herr Dr. Speer erläutert, dass der Ausschuss darum gebeten habe zu prüfen, ob eine Fusion der Volkshochschulen Bergisch Gladbach, Overath und Rösrath betriebswirtschaftlich sinnvoll sei. Die Prüfung habe ergeben, dass im Falle einer Fusion keine Einspareffekte erzielt werden können. Zudem hätten die Nachbarkommunen kein Interesse an einer Fusion.

Herr Dr. Speer berichtet in Bezug auf den Theaterbericht in der letzten Sitzung und der dazu gegebenen Anregung, die Kölner Schulen zum fremdsprachlichen Theater einzuladen, dass der Bergische Löwe bereits seit vier Jahren die Kölner Schulen zum fremdsprachlichen Theater einlade. In 2007 seien 10 Kölner Schulen angeschrieben worden, lediglich eine Schule habe das Theater besucht. 2006 habe man 9 Kölner Schulen und zusätzlich das Schulverwaltungsamt angeschrieben, es habe damals keine Schule teilgenommen. 2005 habe eine Schule das Angebot wahrgenommen.

<-@

6 Beschwerde über die Anzahl der Toiletten an der GGS Bensberg

@->

Herr Dr. Mieke verweist auf der Seite 5 auf den letzten Abschnitt, wonach die Dinge offensichtlich so positiv vorangetrieben werden, wie die Antragsstellerin und der Ausschuss es wünschen.

Frau Scheerer bezeichnet das Problem der fehlenden Toiletten vor allem für Erst- bis Vierklässler als gravierendes Problem. Es solle ein Fertigstellungstermin für ein Konzept festgelegt werden. Herr Dr. Mieke verweist auf der Seite 5 auf den zweiten Abschnitt, dort sei der Termin 13.12. für die Einbringung einer Vorlage in den Finanz- und Liegenschaftsausschuss vorgesehen, die dann im Februar in die Sitzung des ABKSS eingebracht werde. Frau Scheerer erwidert, dass der Termin aufgrund der Dringlichkeit zu vor allem für Erst- bis Vierklässler spät sei.

Herr Dr. Mieke erklärt, dass hier Baumaßnahmen im Einverständnis der Schule, der Schulleiter, des Fördervereins und der Lehrerkonferenz getroffen wurden. Dass dieser Beschluss aller Gremien sich nun nachträglich als schwierig herausstelle, sei

aner kennenswert und solle ja jetzt auch bearbeitet werden. Die Problematik, dass es keinen größeren erweiterungsfähigen Raum gebe, sei aber eindeutig. Die Suche nach einer Lösung müsse möglichst schnell in Angriff genommen werden.

Frau Koshofer macht den Vorschlag, dass die Lehrertoiletten für die Kinder in den Pausen geöffnet werden könnten. Bzgl. des Sonnenschutzes habe sie die Firma Musculus kontaktiert, Herr Musculus würde der Stadt gerne bei der Lösung des Problems behilflich sein. Sie habe ihm gesagt, die Schulverwaltung werde sich bei ihm melden.

Herr Schneeloch bezeichnet den Termin im Dezember zur Lösung der Problematik als skandalös. Wenn der Bauantrag von der Schule gekommen sei, dann sei doch seitens der Stadt eine Baugenehmigung für die Maßnahmen erteilt worden. Da sei es bauordnungsrechtlich Pflicht zu überprüfen, ob eine genügende Anzahl von Toiletten vorhanden sein werde. Es sei unklar und aus der Vorlage nicht ersichtlich, wie die Schulleitung zu dem Antrag der Frau Hartmann stehe. Wenn man den Antrag lese, dann sei die Stellungnahme der Verwaltung dazu inakzeptabel. Es sei absolut unverständlich, dass aus lebensmittelrechtlichen Gründen Toilettenräume geopfert wurden. In der Vorlage werde gesagt, dass die Rechtslage für die Vorhaltung von Schüler toiletten unübersichtlich sei. Wenn derartige Missstände wie geschildert vorliegen, dann müsse sofortige Abhilfe geschaffen werden, ohne auf die Rechtslage einzugehen. Dies müsse in den Herbstferien geschehen.

Herr Pütz weist darauf hin, dass im Zuge der offenen Ganztagschule Baumaßnahmen durchgeführt wurden, die nicht von der Stadt sondern von der Schule und dem Träger beschlossen wurden. Dies sei eine solche Maßnahme. Die Schule habe sich bewusst zu diesem Schritt entschieden und einen Bauantrag gestellt. Man habe dann seitens der Verwaltung entschieden, dem Wunsch der Schule nach Reduzierung der Toiletten zugunsten der größeren Küchenanlage nachzukommen. Auf dem Gelände sei ein Kindergarten, der sich in gleicher Trägerschaft wie die OGATA befindet. Man habe zunächst vorgehabt, die Schüler die Toiletten des Kindergartens nutzen zu lassen. Dies habe sich aufgrund der weiten Wege nur am Nachmittag als durchführbar erwiesen. Man arbeite zur Zeit an einer Lösung, die so aussehe, die Jungentoilette nur räumlich zu verkleinern, um die Mädchentoiletten so vergrößern und eine Toilette mehr errichten zu können. Dies solle im Dezember entschieden werden. Die Schule stehe zudem nicht hinter dem Antrag der Antragstellerin.

Herr Schütz bemängelt, dass seit dem Übergang der Schulen in den Fachbereich 8 der Finanzausschuss als zuständiger Werksausschuss die inhaltliche Debatte führe und die Vorlage erst danach in den ABKSS gehe. Richtig wäre es, wenn die Vorlage zuerst inhaltlich und fachlich im ABKSS diskutiert würde und dann mit einem Beschluss in den Finanzausschuss gehe. Der Liegenschaftsbetrieb wolle möglichst wenig Geld ausgeben, dass sei klar. Es müsse klar sein, wer dafür zuständig sei, festzulegen, wie Schulen ausgestattet werden müssen.

Herr Mumdey erläutert dazu, dass der Fachbereich 8 eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung mit dem Finanz- und Liegenschaftsausschuss als zugeordnetem Ausschuss sei. Dies habe gar nichts mit Finanzen und dem zur Verfügung stellen von Mittel zu tun.

Frau Scheerer bemängelt, dass es offensichtlich keine klare Vorschrift gebe, wie viele

Toiletten für welche Anzahl von Schülern vorgehalten werden müssen. Die Bauaufsicht hätte hier eingreifen müssen.

Herr Schier äußert sich verwundert über die Beschwerde, vor einigen Monaten sei er einen Tag an der Schule gewesen und habe hospitiert. Die Problematik sei damals gar nicht besonders aufgefallen. Er möchte wissen, wie die Schulleitung die Beschwerde sehe. Herr Dr. Mieke antwortet, dass man diese Detailfragen nur mit den Eltern, also mit dem Montessori-Verein, diskutieren könne. Der Verein stehe nicht hinter dieser Beschwerde. Das Problem müsse schnell bereinigt werden, dies sei allen klar. Nach dem Schuldigen zu suchen, sei jedoch überflüssig. Es sei aber überraschend, dass es keine Vorschriften zu der Anzahl von Toiletten in Schulen gebe.

Herr Mömkes schließt sich dem an, dass der Missstand behoben werden müsse. Die Verwaltung sei offensichtlich darum bemüht.

Herr Kleine erklärt, dass der Ausschuss nicht das alleinige Monopol habe zu entscheiden, wie Schulen ausgestattet sein müssen. Der Finanzausschuss könne dies durchaus entscheiden. Verwaltung und Ausschuss seien stets darum bemüht, Missstände zu beheben.

Es gehe nicht darum Schuldige zu suchen, äußert Herr Schneeloch, dies sei nicht sein Anliegen. Es gehe darum festzustellen, wie der Mangel behoben werden könne. Die Beschreibungen der Antragstellerin seien unstrittig, dann brauche man auch keinerlei Rechtsvorschriften, um sofort tätig zu werden.

Frau Beisenherz-Galas merkt an, ob man denn nicht zu einer schnellen unbürokratischen Lösung kommen könne. Offensichtlich würden doch alle das Problem sehen und eine Lösung im Dezember sei zu spät.

Herr Dr. Mieke antwortet, dass doch alle das Problem sehen, den Wunsch nach einer schnellen Lösung vor Dezember aber könne man der Verwaltung mitteilen. Die Verwaltung nimmt die Anregung zur Kenntnis.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

<-@

7

Änderung der "Richtlinien zur Förderung des Außerunterrichtlichen Angebots an den Grundschulen und weiterführenden Schulen (Primar- und Sekundarstufe I) der Stadt Bergisch Gladbach"

@->

Herr Dr. Mieke erläutert einleitend, dass er gemeinsam mit Herrn Neu ein Gespräch mit den beiden Schulleiterinnen Frau Ahrent-Krüger/GGS Moitzfeld und Frau Pennartz/GSS An der Strunde geführt habe, die ihre Position erläutert hätten. In diesem Gespräch habe man festgestellt, dass auf juristischer Ebene Interpretationsschwierigkeiten auftreten würden.

Der weitere Ablauf sehe nun so aus, dass in allen betroffenen Gremien zu den vorgesehenen Änderungen fachliche Beratungen stattfinden und dann eine Vorlage mit der Neufassung der Richtlinien erstellt werde, die den Fachausschüssen vorgelegt werde.

Herr Dr. Miede schlägt vor, den Beschlussvorschlag folgendermaßen zu ergänzen:

Die „Richtlinien zur Förderung des Außerunterrichtlichen Angebots an den Grundschulen und weiterführenden Schulen (Primar- und Sekundarstufe I) der Stadt Bergisch Gladbach“ werden gemäß Vorlage rückwirkend zum 01.08.2007 geändert.

Die Verwaltung wird beauftragt, den zu beteiligenden Ausschüssen und dem Rat überarbeitete Richtlinien so rechtzeitig vorzulegen, dass diese am 01.08.2008 in Kraft treten und die jetzigen Richtlinien ersetzen können.

Herr Schier fragt nach, ob sich der ABKSS dann im Frühjahr noch einmal mit dieser Angelegenheit beschäftigen werde. Herr Dr. Miede antwortet, dass die entsprechende Sitzung des ABKSS am 26.02.2008 stattfinden werde.

Frau Beisenherz-Galas möchte wissen, ob sich alle Schulleiter und freien Träger noch einmal zu Beratungen zusammensetzen werden. Sie bittet darum, dies in den Beschlussvorschlag aufzunehmen. Herr Dr. Miede entgegnet, dass dies Sache des Jugendhilfeausschusses sei.

Der ABKSS fasst einstimmig den folgenden **ergänzten** Beschluss:

1. Die „Richtlinien zur Förderung des Außerunterrichtlichen Angebots an den Grundschulen und weiterführenden Schulen (Primar- und Sekundarstufe I) der Stadt Bergisch Gladbach“ werden gemäß Vorlage rückwirkend zum 01.08.2007 geändert.
2. **Die Verwaltung wird beauftragt, den zu beteiligenden Ausschüssen und dem Rat überarbeitete Richtlinien so rechtzeitig vorzulegen, dass diese am 01.08.2008 in Kraft treten und die jetzigen Richtlinien ersetzen können.**

<-@

@->

<-@

8 Landesfonds "Kein Kind ohne Mahlzeit"

@->

Frau Lehnert erläutert, dass gemäß der Vorlage die Schüler der IGP ja bereits einen Essensgeldzuschuss erhalten würden. Wenn die Hauptschule Ahornweg nun in den Ganztagsbetrieb gehe, müsste dies dort im Zuge der Gleichbehandlung auch so gehandhabt werden.

Herr Dr. Speer erklärt, dass die Ganztags Hauptschule Ahornweg mit in das Landesprogramm aufgenommen werden solle. In zwei bis drei Jahren müsse man dann überlegen, ob man das IGP-Modell auf den Ahornweg übertrage.

Frau Koshofer zeigt sich erfreut über die Vorlage.

Der ABKSS fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Die Stadt Bergisch Gladbach nimmt am Programm Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ teil.
2. Der Rat ruft die Bürgerschaft, Unternehmen und Organisationen zu Spenden

auf, damit allen Bergisch Gladbacher Kindern geholfen werden kann.

<-@

@->

<-@

9

Sprachstandserhebung Delfin 4

@->

Herr Schier erkundigt sich nach dem Sprachförderbedarf aufgrund von Migrationshintergrund. Er habe erfahren, dass es offensichtlich Probleme bei der Ermittlung der Adressen derjenigen gegeben hätte, die den Test nicht bestanden haben. Er möchte wissen, wie man mit dem Problem umgegangen sei.

Herr Zenz erklärt, dass es zu dem Sprachförderbedarf von Migrantenkinder noch eine Auswertung geben werde. Die Beschaffung der Adressen sei unproblematisch gewesen. Problematisch sei die Rückmeldung der Eltern gewesen, deren Kinder keine Kindertagesstätte besuchen. 30 dieser Rückmeldungen müsse man vorliegen haben, es sei aber nur ein Elternpaar, das sich auf das Anschreiben hin beim Jugendamt gemeldet habe. Man werde mit dem Schulamt eine Auswertung derer, die sich gemeldet haben, vornehmen, und sich dann mit den Eltern in Verbindung setzen.

Herr Dr. Bernhauser erkundigt sich nach der Zahl der Vierjährigen in Bergisch Gladbach, die keine Kindertagesstätte besuchen. Er möchte wissen, mit welchen Maßnahmen man an diese herantrete.

Herr Zenz antwortet, dass es derzeit 47 offene Verfahren gebe. Insgesamt 23 Kinder in Bergisch Gladbach gebe es, die keine Kindertagesstätte besuchen und von denen man noch überhaupt kein Ergebnis vorliegen habe. Die Frist laufe in zwei Wochen ab, so dass zu erwarten sei, dass noch Rückmeldungen erfolgen, und der Personenkreis, den man als Jugendhilfe ansprechen werde, überschaubar bleibe.

Frau Winkels erkundigt sich nach der Zusammensetzung der Zahlen auf den Seiten 43, 44 und 47. Sie möchte wissen, ob man sagen könne, welche Kindergärten es konkret seien, wo Kinder aufgrund von Migrationshintergrund oder zweisprachigem Aufwachsens in Stufe zwei kamen und wie viele Kinder es seien.

Herr Zenz erklärt bzgl. der Zahlen, dass es sich um die Rückmeldungen der Kindertagesstätten handle. 66 Kindertagesstätten habe man befragt, 25 hätten geantwortet. Was daraus an Zahlenmaterial entstanden sei, passe nicht unbedingt mit dem zusammen, was in der Tabelle auf der Seite 48 aufgeführt sei. Zudem seien dies Aussagen zu verschiedenen Zeitpunkten. Die Thematik des Sprachförderbedarfs aufgrund von Migrationshintergrund müsse man noch ausführlich bearbeiten, da sich daraus bestimmte pädagogische Ansatzpunkte ergeben würden. Die betreffenden Kindertagesstätten befänden sich schwerpunktmäßig in Gronau, Stadtmitte und Bensberg-Bockenber.

Frau Lehnert äußert den Wunsch, dass daran gearbeitet werde, dass der Dialog zwischen Kindertagesstätte und Schule mehr auf gleicher Augenhöhe stattfinde. Sie möchte wissen, ob es eine Regelung dazu gebe, wer entscheidet, wie die Eltern über das Ergebnis unterrichtet werden und in wessen Ermessen dies liegt.

Herr Zenz erklärt, dass ursprünglich vereinbart war, dass die Schulen die Eltern informieren. Tatsächlich sei dies aber unterschiedlich passiert, weil es sich anders ergeben habe. Die Zusammenarbeit zwischen Kindertagesstätten und Schulen wurde insgesamt als gut dargestellt.

Frau Koshofer schlägt vor, die Eltern zu befragen, ob sie damit einverstanden seien, dass die Erzieherinnen den Test zur Sprachstandserhebung zukünftig in Gegenwart eines Lehrers durchführen dürfen. Dies könnte einen praxisnäheren Kompromiss darstellen.

Herr Zenz erklärt, dass es kein Test sei, dessen Verfahren man selber in der Hand habe. Das Verfahren sei landesweit organisiert und entwickelt worden. Die Landesregierung wolle aus dem Modellverfahren und den gemachten Erfahrungen lernen und im zweiten Durchlauf Verbesserungen vornehmen. Es sei nachvollziehbar, dass ein Kind sich bei der Durchführung des Tests mit einem unbekanntem Externen anders verhalte als mit der bekannten Erzieherin.

Herr Dr. Miede möchte wissen, ob die Stufe 2 identisch mit der Bewertung „Förderbedarf“ sei. Die Zahlen auf den Seiten 43,44 und 47 würden nicht übereinstimmen. Herr Zenz erklärt, dass 387 Kinder mit dem Ergebnis „Förderbedarf“ aus der Stufe 1 gekommen seien. Diese Kinder seien dann in die zweite Stufe gekommen. Dort wurde dann bei 117 Kindern ein Förderbedarf festgestellt. 47 offene Verfahren habe man noch. In der Stufe 2 sei also auch das Ergebnis möglich, dass doch kein Förderbedarf bestehe.

Die Mitteilungsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

<-@

10 **Sachstand Sanierung Milchborntal**

@->

Herr Dr. Miede weist darauf hin, dass die Angelegenheit im nicht-öffentlichen Teil auch auf der Tagesordnung stehe.

Herr Willnecker spricht der Verwaltung sein Lob für das schnelle unbürokratische Verfahren aus. Herr Neu schließt sich dem an.

Die Mitteilungsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

<-@

@->

<-@

11 **Anerkennung der Förderungswürdigkeit von Investitionsmaßnahmen der Sportvereine gemäß den Richtlinien für die Sportförderung der Stadt Bergisch Gladbach**

@->

Herr Neu erklärt sich für befassen und verlässt die Sitzungsrunde.

Frau Lehnert erkundigt sich, ob die Vorlage die Anträge aller Vereine beinhalte.

Herr Dr. Speer bejaht dies.

Frau Koshofer äußert Verwunderung darüber, dass es immer dieselben Vereine seien, die gefördert werden. Herr Dr. Speer erklärt, dass dies einfach daran liege, dass keine anderen Vereine Anträge stellen. Zur Vorlage ergänzt er, dass der TUS Moitzfeld mittlerweile alle notwendigen Unterlagen eingereicht habe. Dieser könne dann abweichend von der Formulierung im Beschlussvorschlag mitberücksichtigt werden.

Der Ausschuss fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport erkennt die Förderungswürdigkeit der Maßnahmen gemäß Ziffer 4.1. der Richtlinien für die Sportförderung der Stadt Bergisch Gladbach für folgende Vereine an:

<i>Turnverein Refrath 1893 e. V.</i>	<i>Zuschuss</i>	<i>1.740 €</i>
<i>Tischtennisclub Bärbroich 1958 e. V.</i>	<i>Zuschuss</i>	<i>219 €</i>
<i>Turnvereine Herkenrath 1909 e. V.</i>	<i>Zuschuss</i>	<i>17.500 €</i>
<i>Sportverein Blau-Weiß Hand e. V.</i>	<i>Zuschuss</i>	<i>10.000 €</i>
<i>TuS Moitzfeld</i>	<i>Zuschuss</i>	<i>4.106 €</i>

Die Hausaltsmittel stehen im Vermögenshaushalt (Haushaltsstelle 1.550.988.05 „Investitionszuschüsse“) des Jahres 2007 letztmals zur Verfügung.

<-@

@->

<-@

12 Halbjahresbericht Stadtarchiv 2007

@->

Frau Lehnert gratuliert Herrn Dr. Eßer zu seiner Wahl in den Vorstand des Mikrofilmarchivs der deutschsprachigen Presse und möchte wissen, was dies für Bergisch Gladbach bedeute, ob man Vorteile dadurch habe. Sie bitte zudem um Auskunft darüber, was die Kostenersparnis bewirkt habe. Herr Dr. Eßer erklärt, dass das Mikrofilmarchiv bundesweit Zeitungen verfilme, zu einem reduzierten Preis könne die Stadt dort Mikrofilme von Zeitungen beziehen. Die Gegenleistung bestehe darin, dass das Stadtarchiv dem Mikrofilmarchiv Zugriff auf seine Originalfilme gewähre. Durch seine Vorstandsposition würden der Stadt keine Kosten entstehen, die Kosten für die Teilnahme an den Sitzungen bezahle der Verein. Er weist darauf hin, dass kürzlich das Bergische Handelsblatt als erstes Anzeigenblatt komplett auf Kosten des Mikrofilmarchivs verfilmt wurde. Die Einsparungen bei den Personalkosten wurden hauptsächlich durch die lange Krankheit einer Mitarbeiterin verursacht.

Herr Kleine erkundigt sich hinsichtlich der Einbrüche und Diebstähle, ob die Arbeit des Archivs dadurch noch beeinträchtigt sei. Er möchte wissen, ob die angespannte Situation im ersten Halbjahr auch ursächlich für den Rückgang der Besucherzahlen sei. Er lobt die gute Zusammenarbeit mit den Schulen.

Herr Dr. Eßer erklärt den Rückgang der Besucherzahlen im Vergleich zum Vorjahr damit, dass man im Jubiläumsjahr 2006 sehr öffentlichkeitswirksam gearbeitet habe. Im ersten Halbjahr 2007 habe man sich dann zunächst mehr auf interne Arbeiten konzentrieren müssen. Der „Tag der Archive“ werde alle zwei Jahre veranstaltet und stehe im März 2008 wieder an. Die EDV-Ausstattung werde in naher Zukunft noch verbessert, so dass die Arbeit dann nicht mehr beeinträchtigt sein werde.

Herr Dr. Miede erkundigt sich, ob sich die Personalsituation wieder entspannt habe. Herr Dr. Eßer erklärt, dass die Perspektiven gut seien, eine vakante Stelle könne besetzt werden.

<-@

13 Halbjahresbericht 1. Halbjahr 2007 "GL Kultur / Kulturbetrieb Bergisch

Gladbach"

@->

VHS

Frau Lehnert weist auf die Bedeutung des Sonderprojektes für Jugendliche ohne Schulabschluss hin und regt an, dass man doch versuchen solle, dafür zusätzliche Räumlichkeiten zu erschließen.

Herr Ludwig erläutert, dass es in den drei Bereichen „Alphabetisierungsmaßnahmen“, „Jugendliche ohne Schulabschluss“ und „Langzeitarbeitslose“ schon seit längerem zusätzlichen Bedarf gebe. Im vergangenen Jahr habe man das Projekt „Arbeiten und Lernen“ mit einer Gruppe Jugendlicher durchgeführt. Der Betrieb der VHS wurde durch zum Teil verhaltensauffällige Jugendliche erheblich gestört. Eine zweite Gruppe könne man in der VHS nicht unterbringen. Zudem sei es eine finanzielle Frage. Man bemühe sich aber um Lösungen.

Herr Schier lobt die Arbeit der VHS. Er erkundigt sich, ob es möglich wäre, in zukünftigen Berichten einen separaten Berichtsteil zu den Themen „Migration“ und „Integration und „Begabtenförderung“ zu verfassen. Herr Ludwig erläutert, dass Herr Paaß derzeit zum Thema „Migration“ eine Vorlage für die nächste Sitzung erstelle. Mit der Kreisverwaltung habe man die Vereinbarung getroffen, die Lehrer der Grundschulen flächendeckend über das Thema „Begabtenförderung“ zu informieren. Danach würden die Kinder beobachtet und die Eltern zu speziellen Elternabenden eingeladen und über Angebote informiert.

Herr Kleine erkundigt sich, ob es Möglichkeiten gebe, dem Bedarf nach Alphabetisierungskursen und Kurse für Jugendliche ohne Schulabschluss gerechter zu werden und welche Voraussetzungen dafür geschaffen werden müssen. Herr Ludwig nennt als eine Möglichkeit das Sponsoring von Alphabetisierungskursen, um zusätzliche Angebote zu schaffen. Derzeit gebe es zwei Grundkurse, einen Aufbaukurs, einen Kurs für geistig Behinderte und einen Elementarkurs am Vormittag. Die Gruppen bestünden aus 5-8 Personen. Ein Arbeitskreis könne versuchen, über die Finanzmittel der VHS hinaus, Sponsoren zu akquirieren, die sich dieses Thema unterstützend annehmen möchten. Hinsichtlich der Schulabschlusskurse habe man jetzt mit einem Lehrgang begonnen. Vor 6 Wochen hätten sich 30 Teilnehmer dafür angemeldet, 20-25 weitere Interessenten habe man abweisen müssen. Von den 30 Teilnehmern seien derzeit 28 dabei, was im Gegensatz zu den Vorjahren eine große Anzahl sei. Ein Lehrgang koste die VHS 23.000 €

Herr Schier möchte wissen, ob Herr Ludwig einen Zusammenhang zwischen Migrationshintergrund und Analphabetismus bzw. fehlendem Schulabschluss sehe.

Herr Ludwig antwortet, dass es für Migranten einen speziellen Alphabetisierungskurs gebe, diesen biete das DRK-Bildungswerk an. In den Alphabetisierungskursen der VHS seien funktionale Analphabeten, d. h. Leute, die in der Schule bedingt Lesen und Schreiben gelernt hätten, Wörter und Buchstaben teilweise erkennen können, aber keine Sinnzusammenhänge mehr herstellen können und das Lesen neu lernen müssen. Die Teilnehmer seien in der Regel Deutsche.

Frau Koshofer lobt das Projekt „Spieltrieb 11/88“ und die tolle Aufführung.

Herr Kleine weist darauf hin, dass in der Vorlage zahlreiche Abkürzungen verwendet würden, mit denen der interessierte Bürger möglicherweise nichts anfangen könne

und bittet zukünftig um Erläuterung.

Stadtbücherei

Herr Kleine erkundigt sich hinsichtlich der rückläufigen Entwicklung in 2006, ob aus Sicht der Stadtbücherei Gegensteuerungsmaßnahmen denkbar seien. Frau Lenz-Reichwein hofft im Zuge des NKF-Haushalts im nächsten Jahr darauf, von Anfang an über den Medienetat verfügen zu können. Dies würde schon zu einer beträchtlichen Verbesserung der Zahlen beitragen.

Herr Schier lobt die Arbeit des gesamten Kulturbetriebs. Er erkundigt sich, ob es nicht die Möglichkeit gebe, die Aufwendungen für die Bildstelle und den Geräteverleih komplett aus dem Etat der Stadtbücherei zu streichen und diese abzugeben, möglicherweise an das Stadtarchiv. Er äußert den Verdacht, dass die Geräte nicht mehr zeitgemäß seien.

Frau Lenz-Reichwein erklärt, dass man plane, ab kommendem Jahr den Geräteverleih einzustellen. Aufgrund der geringen Mittel habe man schon in den letzten Jahren keine neuen Geräte kaufen können, so dass die Ausstattung veraltet sei. Man sei bereit, diese an die Schulen abzugeben, wenn dort Interesse bestünde. Den Medienverleih möchte man aufrechterhalten, die elektronischen Medien wolle man dabei ausweiten.

Herr Mömkes weist auf einen Zahlendreher hin. Die Ausleihzahlen würden für die Stadtteilbücherei Bensberg mit 24.855 angegeben (Seite 66), im tabellarischen Zahlenvergleich darunter seien sie mit 27.850 beziffert.

Haus der Musik

Herr Herweg ergänzt, dass zwei Kollegen mit reduzierter Stundenzahl die stellvertretende Leitung der Musikschule übernommen hätten. Der Haushalt werde dadurch nicht zusätzlich belastet. Ende des Jahres müsse man eine neue Lösung finden.

Kunst- und Kulturbesitz

Herr Schier weist auch in diesem Bericht auf die nicht erläuterten Abkürzungen hin.

Frau Lehnert lobt das zahlreiche ehrenamtliche Engagement.

Herr Kleine schließt sich dem an. Er erkundigt sich, ob eine Erweiterung der Öffnungszeiten möglich wäre, ob dadurch die Besucherzahlen gesteigert werden könnten und wie das Vermietungsgeschäft sich entwickelt habe.

Herr Dr. Vomm erklärt, dass sich die Besucherzahlen durch einen intensivierten Einsatz von Ehrenamtlichen und dadurch verlängerten Öffnungszeiten sicher verbessern ließe, insbesondere für das Bensberger Museum könne man dies sagen. Hier sei die Verwaltung mit dem Förderverein dabei, ein Konzept zu entwickeln, was dazu führe, dass man zu den alten Öffnungszeiten zurückkehren könne. Samstags sei derzeit das Museum komplett geschlossen. Herr Dr. Vomm weist noch einmal darauf hin, dass das umfangreiche Programm der Galerie Villa Zanders komplett vom Galerie + Schloss e. V. bzw. eingeworbenen Mitteln finanziert werde. Die Stadt halte lediglich das Gebäude sowie das stark reduzierte Personal vor. Sollten die Sponsoren im kommenden Jahr ausbleiben, werde sich dieses unmittelbar in einem reduzierten Programm niederschlagen, die Struktur sei also anfällig. Man setze alles daran, die Sponsoren zu binden.

Herr Dr. Speer lädt den Ausschuss zur Besichtigung der fantastischen Ausstellung „Ansichten unserer Stadt“ ein. Herr Dr. Vomm ergänzt, dass man am Wochenende des Stadt- und Kulturfestes über tausend Besucher gehabt habe.

Kulturbüro

Herr Kleine bittet um Auskunft darüber, wer den auf Seite 71 erwähnten „Runden Tisch“ leite und wer daran teilnehme. Herr Dr. Speer erklärt, dass daran alle Kulturschaffenden und Kulturtragenden teilnehmen würden, die Leitung obliege ihm bzw. dem Kulturbüro.

<-@

14 Neues Bibliothekskonzept

@->

Herr Mömkes bittet um eine Vertagung dieses TOPs in die nächste Sitzung, da noch erheblicher Beratungsbedarf bestehe.

Die anderen Fraktionen schließen sich diesem Wunsch an, das neue Bibliothekskonzept wird auf die Tagesordnung im November gesetzt.

<-@

@->

<-@

15 Kulturprojektförderung 1. Halbjahr 2008 - "Unser Europäischer Nachbar Großbritannien"

@->

Herr Dr. Speer erläutert, wieso man sich trotz der Kulturförderrichtlinien mit dieser Vorlage an den Ausschuss wende. Die Projektreihe „Unser Europäischer Nachbar“ habe zuletzt in 2003 stattgefunden. Diese wolle man nun in 2008 wieder aufleben lassen. Jedoch sei es sehr schwierig, dieses Projekt zu finanzieren. Man versuche Sponsoren zu finden, was sich ebenfalls schwierig gestalte. Aufgrund dessen wolle man sich bei der Vergabe der Kulturprojektfördermittel für das 1. Halbjahr 2008 auf Projekte freier Kulturschaffender zum „Europäischen Nachbarn“ konzentrieren, um die freie Kulturszene zu unterstützen. Im 2. Halbjahr werde dann das übliche Verfahren gelten.

Herr Kleine stimmt der Vorlage zu.

Herr Schütz kritisiert, dass man nach jahrelangem Bemühen nun seit einem Jahr Kulturförderrichtlinien habe, von denen man im kommenden Halbjahr dann doch wieder abweichen wolle. Er möchte wissen, wie der Stadtverband Kultur dazu stehe, ob man mit diesem vorher gesprochen habe.

Herr Dr. Speer erwidert, dass die Kulturförderlinien mit diesem Beschluss nicht außer Kraft gesetzt würden, in 2007 habe man sie bereits komplett angewandt. Im kommenden Jahr habe man die Sondersituation, dass man versuche ein Projekt fortzuführen, was bereits dreimal erfolgreich durchgeführt wurde. Damals habe man ausreichend Finanzmittel gehabt, so dass man auf die Kulturprojektförderung nicht zurückgreifen musste, diesmal sei die Situation anders. Man sei angehalten, sparsam mit Steuermitteln umzugehen und wolle sicherstellen, dass die Finanzierung des Projektes realisiert werden könne. In mehreren Vorbereitungsrounden habe man auch mit dem Stadtverband Kultur bzw. dessen Vorstand zusammengesessen. Man habe

die unterschiedlichsten Dinge diskutiert und geplant, es sei übereinstimmende Meinung in der Kulturrunde gewesen, dieses Verfahren anzuwenden. Ein anders lautendes Statement des Stadtverbands Kultur kenne er nicht.

Herr Schier bemängelt das Fehlen des Teils „Finanzielle Auswirkungen“ in der Vorlage. Er unterstützt Herrn Schütz in seiner Meinung, dass man für die Entscheidung über die Vergabe der Fördermittel die Kulturförderrichtlinien habe. Er berichtet von einem Schreiben des Stadtverbands Kultur an die kulturpolitischen Sprecher, in dem sich Herr Müller-Becker vehement gegen diese Vorlage bzw. die Regelung der Förderung ausspreche. Der Stadtverband sei also anderer Ansicht. Nun sei entweder der Stadtverband Kultur geteilter Meinung und dieser Brief sei ein Einzelstatement des Herrn Ingo Müller-Becker, oder Herr Dr. Speer habe eben etwas Falsches erzählt und der Stadtverband sei damit nicht einverstanden gewesen. Es gehe nicht darum, das Projekt zu verhindern, man wolle lediglich Transparenz haben und wissen, was es mit diesem Brief auf sich habe.

Herr Dr. Speer erklärt, dass er diesen Brief von Herrn Müller-Becker nicht kenne. Herr Schier äußert Erstaunen darüber und möchte wissen, wieso. Wieso das so sei, dass der zuständige Fachbereichsleiter nicht zumindest eine Kopie zur Kenntnis erhalten habe, dass müsse man Herrn Müller-Becker fragen, antwortet Herr Dr. Speer. Wenn das der Fall gewesen wäre, dann hätte er jetzt sachgerechte Antworten geben können. Er könne aber nicht auf etwas eingehen, was er nicht kenne. Er habe eben bereits erläutert, dass man in den Vorbereitungsrunden zusammen gesessen habe, dass Vorhaben sei in der Runde diskutiert worden, der Vorsitzende habe keine Kritik geäußert. Den Brief kenne er definitiv nicht und er wehre sich ausdrücklich gegen den möglichen Vorwurf, hier nicht die Wahrheit zu sagen.

Herr Kleine erklärt, dass der Brief an die Kulturpolitischen Sprecher und Sprecherinnen der im Rat vertretenen Parteien mit dem Zusatz „persönlich, vertraulich und dringlich“ adressiert gewesen sei. Herr Dr. Speer habe ihn also sicher nicht erhalten. Als Kulturausschuss könne man durchaus sagen, dass ein Teil des Kulturförderbudgets für dieses Projekt verwendet wird, ohne die Förderrichtlinien auszuhebeln.

Frau Koshofer meint, dass der Brief von Herrn Müller-Becker sehr kompliziert formuliert gewesen sei. Wenn sich Herr Müller-Becker gegenüber Herrn Dr. Speer nicht geäußert habe, dann sei dies merkwürdig. Alle Kulturschaffenden könnten sich an diesem Projekt beteiligen, daher könne man der Vorlage zustimmen.

Herr Mömkes erläutert, dass man sich in der Fraktion ausführlich mit diesem Brief befasst habe, er aber auch teilweise nicht 100%ig ergründet werden konnte. Klar geworden sei, dass der Stadtverband hauptsächlich kritisiere, dass für einen Projektzeitraum von drei Wochen die Mittel für ein ganzes halbes Jahr vergeben werden sollen und die drei Veranstaltungen der freien Kulturveranstalter dabei zu kurz kämen. Allerdings sei es aber nun mal so, dass in der ersten Jahreshälfte zahlreiche Veranstaltungen stattfinden und man nicht unendlich viele Veranstaltungen unterbringen könne. Man halte es für richtig, dieses Projekt im ersten Halbjahr zum Schwerpunktprojekt innerhalb der Stadt zu erklären, woran der Stadtverband Kultur sich beteiligen könne.

Herr Schier erklärt, dass er Herrn Dr. Speer keine Lüge unterstellen wolle. Herrn Dr. Speers Darstellung und der vorliegende Brief von Herrn Müller-Becker hätten einfach

Verwirrung verursacht. Es könne doch nicht sein, dass in den Vorbereitungstreffen Übereinstimmung geherrscht habe, und die Fraktionen nun diesen nebulösen Brief erhalten. Der Stil sei seltsam, eine konstruktive Zusammenarbeit sollte man so nicht führen. Er möchte wissen, wie die Zusammenarbeit mit dem Stadtverband grundsätzlich sei, ob die Kommunikation erschwert sei. Dies sei wohl hier die grundsätzliche Frage.

Herr Dr. Miede führt noch einmal aus, dass Herr Dr. Speer diesen Brief nicht kenne und vom Stadtverband nicht informiert wurde. Die Art und Weise, wie Herr Dr. Speer jetzt innerhalb des Ausschusses angegriffen wurde, sei nicht akzeptabel.

Herr Dr. Speer fügt hinsichtlich der Entstehungsgeschichte des Projektes an, dass man Ende letzten Jahres in der Kulturrunde entschieden habe, dieses Projekt wiederaufleben zu lassen und man sich Gedanken über die Gestaltung gemacht habe. Aufgrund der langjährigen Städtepartnerschaften habe man sich für das Thema „Großbritannien“ entschieden. Als feststand, in welche Richtungen die Planungen gehen, sei man von Seiten der Stadt auf den Stadtverband Kultur zugegangen und habe diesen eingeladen, teilzunehmen. Man habe den Vorsitzenden gebeten, das städtische Anliegen an seine Mitglieder heranzutragen und sich mit Projekten an der Ausgestaltung zu beteiligen. Gleichzeitig habe die Verwaltung versucht, Sponsoren zu gewinnen. Man habe unterschiedliche Sponsoren mit den unterschiedlichsten Beträgen finden können, so auch für Projekte des Stadtverbandes Kultur. Bis zum heutigen Tage habe man drei Projekte vom Stadtverband genannt bekommen. In allen Vorgesprächen sei ansonsten von Seiten des Vorsitzenden immer nur über Konzeptionen und organisatorische Dinge gesprochen worden, es sei aber wenig praktisches, handfestes dabei herausgekommen.

Der Ausschuss fasst einstimmig, bei zwei Enthaltungen der KIDinitiative und der BFBB, den folgenden Beschluss:

Die Mittel der Kulturprojektförderung für das 1. Halbjahr 2008 werden bevorzugt für Projekte zum „Europäischen Nachbarn Großbritannien“ vergeben.

<-@

@->

<-@

16 **Übernahme einer Dauerleihgabe - Galerie Villa Zanders**

Herr Dr. Miede spricht Herrn Krämer im Namen des Ausschusses seinen außerordentlichen Dank aus.

<-@

17 **Hexenprojekt: Im Fokus: Hokuspokus - Aktionen und Reflexionen zum Thema "Hexen"**

@->

Herr Schneeloch lobt das Projekt. Frau Koshofer schließt sich dem an. Die Mitteilungsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

<-@

@->

<-@

18 **Jugendkulturprojekt zum Thema Fotografie 2008 "Ansichten unserer Stadt mit den Augen der Jugend"**

@->

Herr Neu möchte wissen, wer dieses Projekt leite und ob es schon einen Organisationsplan gebe. Herr Dr. Speer antwortet, dass die Leitung dem Kulturbüro in Person von Frau Binz obliege. Ein Ablaufplan des Projektes könne der Niederschrift beigefügt werden.

Die Mitteilungsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

<-@

19 **Bericht zu den Sanierungsarbeiten bei den Schulbauten in den Sommerferien**

@->

Herr Schier möchte wissen, ob es für 2008 weitere Projekte gebe, die aufgenommen werden sollen und wann man darüber eine Aufstellung bekomme.

Herr Mumdey erklärt, dass der Ausschuss im Zuge der Haushaltsberatungen 2008 bzw. der Beratungen über den Wirtschaftsplan des FB 8 ohnehin über die Projekte zu befinden habe.

Herr Dr. Miede ergänzt, dass nach der Begehung im Jahr 2005 eine Prioritätenliste erstellt wurde.

Herr Mömkes erklärt, dass eine Maßnahme fehle. Er habe mehrmals angemahnt, die Verwaltung möge für die Turnhalle und das Schwimmbad an der Schule Mohnweg die Sanierungsarbeiten planen. Beide seien in einem erschreckenden Zustand.

Herr Mumdey antwortet, dass es im 1. Quartal 2007 einen Bericht gegeben habe, in dem gesagt wurde, dass vor der Planung der Sanierung des Mohnwegs zuerst über das Bäderkonzept und das Mediterana entschieden werden solle. Er werde dies noch einmal nachprüfen.

Herr Mömkes entgegnet, wenn die Verwaltung ohnehin wisse, wie der Sachstand aussehe und man auch schon die unterschiedlichen Kostengrößen kenne, dann könne man doch schon die konkreten Sanierungsplanungen in Angriff nehmen. Nach der Entscheidung über das Mediterana könne man dann direkt mit der Sanierung beginnen.

Herr Neu fügt an, dass man doch in dieser Richtung für den Rat Anträge vorliegen habe.

Die Mitteilungsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

<-@

21 **Antrag der FDP-Fraktion zur Erstellung eines Schulintegrationsplanes**

@->

Herr Dr. Speer berichtet, dass die Verwaltung bereits alle Schulen angeschrieben habe und damit schon aktiv geworden sei. Die Schulen habe man gebeten, die Fragen 2 und 3 des Antrags zu beantworten. Dies dauere nun einige Zeit. Für den nächsten Ausschuss werde man die Ergebnisse zusammenfassen. Hinsichtlich der Ausländeranteile verweist er auf die Schulstatistik. Die diesjährige Schulstatistik werde am 15.10 vorliegen und könne dem Ausschuss also im November zugeleitet werden.

Herr Schier äußert sich verwundert darüber, dass der Antrag nicht beraten und abgestimmt wird. Herr Dr. Miede erläutert, dass die Verwaltung nur auf der Basis der Schulstatistik 2006 antworten könne. Der Antrag könne erst behandelt werden, wenn die Zahlen des Jahres 2007 vorliegen, dies sei erst im November der Fall.

<-@

22 Anfragen der Ausschussmitglieder

@->

Herr Dr. Miede erklärt, dass er zwei Anfragen des DBG vorliegen habe, Die eine beziehe sich auf die Versorgung der Schüler mit Mittagessen, die andere auf die Sanierung der Turnhalle, man sei mit der Farbe nicht einverstanden gewesen.

Herr Dr. Speer erklärt, dass die Anfrage von Herrn Josmann zu der Mittagessensversorgung von Herrn Mumdey schriftlich beantwortet wurde, eine Kopie davon werde man dem Protokoll beifügen. Inhaltlich ergänzt Herr Mumdey, dass er froh sei, wenn derartige Ideallösungen, wie die Versorgung der DBG Schüler mit Mittagessen in der Kreiskantine, gefunden werden. Die Kreiskantine sei unmittelbar nebenan, zudem werde sich das Raucherproblem Kraft Gesetzes zum 01.01.2008 von alleine lösen. Wenn dies der Schule nicht recht sei, dann gebe es für Herrn Josmann noch die Lösung des Samstagsunterrichts.

Herr Heimann erkundigt sich, wie der Schulträger zu der Frage des Samstagsunterrichts stehe.

Herr Mumdey erklärt, dass dies keine Aussage für oder gegen den Samstagsunterricht gewesen sei, man halte die Lösung der Essensversorgung in der Kreiskantine lediglich für ideal und wegweisend. Wenn die Lösung nicht gefalle, bleibe die Alternative des Samstagsunterrichts. Herr Heimann ergänzt dazu, dass die Problematik des DBG lediglich einen Teil der gesamtstädtischen Problematik darstelle, das Problem der Über-Mittag-Betreuung hätten alle Schulen. Herr Dr. Speer erklärt, dass es eine Besprechung der Verwaltung mit den Schulleitungen der Gymnasien gegeben habe. Vier von fünf Gymnasien würden da keinerlei Problem sehen.

Herr Schier weist auf den Zeitungsbericht der Bergischen Landeszeitung zum Kultur- und Stadtfest hin. In dem Artikel sei die Gestaltung des Festes kritisiert worden, die ursprüngliche Idee des Festes würde immer mehr verloren gehen. Er bittet um eine Einschätzung der Verwaltung.

Er erinnert daran, dass er in der gemeinsamen Sitzung mit dem Schulausschuss Odenthal um die Daten zu den Evaluationen an den selbstständigen Schulen gebeten habe.

Herr Dr. Speer antwortet, dass er bzgl. der Evaluationsdaten von den Schulen noch keinen Rücklauf habe. Veranstalter des Kultur- und Stadtfestes sei die IG Stadtmitte. Die Stadt beteilige sich zum einen mit Hilfestellung und zum anderen mit drei konkreten Maßnahmen an der Gestaltung des Festes. So organisiere man die Kultur- und Vereinsbörse sowie das Bühnenprogramm am Vormittag und Nachmittag, das ehrenamtlich von Vereinen und Institutionen gestaltet werde. Die Kultur- und Vereinsbörse spiegele das gesamtstädtische Vereinsleben wieder und die Nachfrage nach einem Stand sei alljährlich groß. Dritter Prunkt, an dem die Stadt organisatorisch beteiligt sei, sei der Stadtlauf. Auf das Vermietungsgeschäft auf dem Konrad-

Adenauer-Platz habe man keinerlei Einfluss.

Herr Mömkes erläutert, dass die Verwaltung vor einiger Zeit mit dem Bensberger Büchereiverein eine Vereinbarung zur Unterbringung der Bücherei Bensberg als privat geführte Bücherei im Progymnasium getroffen habe. Er möchte wissen, welche rechtliche Qualität diese Vereinbarung habe, ob es ein Vertrag sei und erkundigt sich nach dem derzeitigen Sachstand.

Herr Mumdey erklärt, dass man vom Verein gebeten wurde, den endgültigen Vertrag aus fördertechnischen Gründen noch nicht zu unterschreiben, damit sie gegenüber ihren Fördergebern sagen können, dass noch keine endgültige Entscheidung getroffen wurde. Stadt und Verein hätten eine Verpflichtung unterzeichnet, den Vertrag zu unterschreiben, sobald die Förderfrage geklärt sei. Der Verein habe mitgeteilt, dass er diese Frage bis Ende September klären wolle.

Herr Schütz erkundigt sich nach den Benutzungsgebühren der Schwimmvereine für die Schwimmhallen. Herr Mumdey erklärt, dass man von Seiten des Ausschusses zu der Entwicklung derartiger Richtlinien angehalten wurde. Dann habe man dieses Thema zurückgestellt, bis die Gespräche mit den Schwimmvereinen geführt sind und das Bäderkonzept vorliegt.

<-@

Dr. Wolfgang Mieke
Vorsitzender des Ausschusses
für Bildung, Kultur, Schule und Sport

Dr. Lothar Speer
Fachbereichsleiter

Susanne Baran
Schriftführerin